Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns im März 2023 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Ihr Michael Kaufmann

PRESSEMITTEILUNG



29. März 23

Forschung mit besonders ausgeprägtem Gefährdungspotenzial reglementieren

Berlin, 29. März 2023. Auf Initiative der AfD-Fraktion fand in dieser Woche im Deutschen Bundestag eine Podiumsdiskussion zum Thema "Forschung im Spannungsfeld von Fortschritt und Ethik" statt. Die Referenten Prof. Michael Kaufmann, Prof. Roland Wiesendanger und Dr. David Berger kamen aus verschiedenen Blickwinkeln übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass Forschung mit besonders ausgeprägtem Gefährdungspotenzial reglementiert werden muss. Dies wurde am Beispiel der For-

schung am Funktionszuwachs von Krankheitserregern verdeutlicht.

Der Initiator der Veranstaltung und forschungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, Michael Kaufmann, zieht folgendes Resümee: "Prof. Wiesendanger hat überzeugend dargelegt, dass die verfügbaren Informationen nur den Schluss zulassen, dass der Sars-CoV-2-Erreger in einem Labor entstanden ist. Das Beispiel zeigt eindrücklich, dass Forschung dort ihre Grenzen finden muss, wo ihr Gefahrenpotenzial in keinem vertretbaren Verhältnis zum Nutzen steht. Dr. Berger hat seinerseits aufgezeigt, wie sich die Notwendigkeit einer klar umrissenen Beschränkung der Forschung auch aus unserem historisch gewachsenen Werteverständnis und Menschenbild ergibt. Als AfD-Fraktion setzen wir uns mit Nachdruck für eine ideologiefreie und technologieoffene Forschung ein. Sie darf aber nicht zur unbeherrschbaren Gefahr für die Menschheit werden. Hier müssen ihr, nach einem sorgfältigen Prozess der Abwägung, klar definierte Grenzen gesetzt werden können. Wenn aus der aktuellen Forschung am Gefahrenpotential von Krankheitserregern ein noch weit gefährlicherer Erreger entsteht und aus Versehen freigesetzt würde, dann könnte das schlimmstenfalls das Ende der Menschheit, wie wir sie kennen, bedeuten. Es ist höchste Zeit, eine breite gesellschaftliche Debatte dazu in Gang zu setzen."

BUNDESTAG



28. März 23

Podiumsdiskussion: Forschung im Spannungsfeld von Fortschritt und Ethik

Am gestrigen Montag fand im Deutschen Bundestag eine von der AfD-Fraktion veranstaltete Podiumsdiskussion zum Thema "Forschung im Spannungsfeld von Fortschritt und Ethik" statt.

Gemeinsam mit Prof. Roland Wiesendanger und Dr. David Berger habe ich das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet

Prof. Wiesendanger hat überzeugend dargelegt, dass die verfügbaren Informationen nur den Schluss zulassen, dass der Sars-CoV-2-Erreger in einem Labor entstanden ist. Das Beispiel zeigt eindrücklich, dass Forschung dort ihre Grenzen finden muss, wo ihr Gefahrenpotenzial in keinem vertretbaren Verhältnis zum Nutzen steht. Dr. Berger hat seinerseits aufgezeigt, wie sich die Notwendigkeit einer klar umrissenen Beschränkung der Forschung auch aus unserem historisch gewachsenen Werteverständnis und Menschenbild ergibt. Als AfD-Fraktion setzen wir uns mit Nachdruck für eine ideologiefreie und technologieoffene Forschung ein.

Sie darf aber nicht zur unbeherrschbaren Gefahr für die Menschheit werden. Hier müssen ihr, nach einem sorgfältigen Prozess der Abwägung, klar definierte Grenzen gesetzt werden können. Wenn aus der aktuellen Forschung am Gefahrenpotential von Krankheitserregern ein noch weit gefährlicherer Erreger entstehen und aus Versehen freigesetzt würde, dann könnte das schlimmstenfalls das Ende der Menschheit, wie wir sie kennen, bedeuten. Es ist höchste Zeit, eine breite gesellschaftliche Debatte dazu in Gang zu setzen. Anbei der Link zu der Diskussion: https://youtu.be/jZYwgdFxkDc



Künstliche Laborviren, die die Menschheit auslöschen können?

Wie weit darf die Forschung gehen? Die Diskussion mit Prof. Wiesendanger und Dr. Berger am 27.3.23 im Bundestag drehte sich um Methoden wie die künstliche Erschaffung tödlicher Viren im Labor (Gain of Funktion).

Wer sich nicht alles ansehen möchte, sollte den Vortragsteil von Prof. Wiesendanger ab 26:50 min ansehen!

https://www.youtube.com/watch?v=jZYwgdFxkDc







29. März 23

Meine heutige Frage an den Gesundheitsminister, was er zu tun gedenkt, um die Impfstoffhersteller an den Kosten für die zahlreichen Impfschäden zu beteiligen, hatte es offenbar in sich.

Abgesehen davon, dass die zuständige Staatssekretärin, Sabine Dittmar, nicht bereit war, meine Frage zu beantworten und stattdessen wortreich über Arzneimittelhaftung referierte, verstrickte sie sich in der Folge auch noch in zahlreiche Widersprüche.

Im Zusammenspiel mit dem Kollegen Stephan Brandner, MdB und weiteren Abgeordneten der AfD-Fraktion haben wir die Staatssekretärin jedoch nicht vom Haken gelassen und es wurde je länger je schlimmer. In Kürze folgt ein Videozusammenschnitt der wichtigsten Momente dieses entlarvenden Auftritts. Wir werden in dieser Frage nicht nachlassen. Die Bürger haben ein Recht darauf, hier die Wahrheit zu erfahren.



30. März 23

Hoher Besuch im Reichstag

Die Limousine von Charles III. vor dem Haupteingang des Reichstages. Gleich hält er hier eine Rede.

Update: Der Besuch war Folklore. Charles hat in seiner Rede erwartungsgemäß Gemeinsamkeiten und Freundschaft beschworen. Ansonsten nichts Neues.

PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

Befragung der Bundesregierung mit Bundeskanzler Olaf Scholz

- Dreimal im Jahr findet die Kanzlerbefragung statt: Vor Ostern, vor der Sommerpause und vor Weihnachten. Kanzler Scholz leitete die Befragung ein, die pathetischer vom Staatsratsvorsitzenden der DDR bei Verkündung des 5-Jahresplans nicht hätte sein können.: "Unser Land braucht mehr Tempo", etwa bei: Ausbau von LNG-Terminals, Infrastruktur beim Schienenverkehr, Brückenbau, Ingenieurbauwerke, Energienetzausbau incl. einem Mehr an Windanlagen, Fotovoltaik, sowie die Elektrifizierung des Verkehrs.
- Alles werde schneller genehmigt, damit bis Ende des Jahrzehnts 15 Mio. Fahrzeuge elektrisch fahren. "Die Klimawende" muss geschafft werden, und das klappt im Zusammenhang mit dem "Import vieler weiterer Fachkräfte" aus dem Ausland, so Scholz sinngemäß.
- Die Befragung ähnelte mehr einer Kanzler-Ehrerweisung, denn die Themen behandelten hauptsächlich die Felder: Keine Aufweichung von Klimaschutz, mehr Fachkräfte über das Fachkräfteeinwanderungsgesetz und wie bzw. wann das Waffenrecht novelliert wird angesichts der Bedrohung durch die Reichsbürgerszene.
- Marcus Bühl, AfD insistierte schließlich auf einem wunden Punkt: Die AfD spricht sich kategorisch gegen die Verdoppelung des Kanzleramtes aus, welche bis knapp eine Milliarde € teuer wird. Der "Teflonkanzler" zog sich bei der Beantwortung geschickt aus der Schlinge.

Fragestunde mit Staatssekretärin Sabine Dittmar (Gesundheit)

- In dieser ging es dank der AfD wieder etwas kontroverser zu.
- Die Antwort auf Stephan Brandners Frage nach der Anzahl Personen im Gesundheitssektor, die den Bereich aufgrund der Impfpflicht verlassen haben, konnte die Parl. Staatssekretärin Sabine Dittmar nicht beantworten.

- Dann kam das sehr interessante Thema überschüssige Impfdosen und deren Vernichtung:
- Deutschland hatte seit Beginn der Pandemie 680 Mio. Dosen eingekauft. Das entspricht in etwa 10 Dosen pro impffähiger Person. Außerdem, so Brandner, liegen noch 227 Mio gem. Recherche auf Lager. Bei einer Impfgeschwindigkeit von 150.000 Dosen im Monat könnte noch 127 Jahre lang geimpft werden.
- Auch hier konnte Dittmar keine Zahlen nennen, allerdings wusste sie, dass ca. 121 Mio. Dosen vom Bund in 46 Länder weltweit gespendet wurden. Sehr erhellend war dann schließlich, dass sie zugab, es wären nur 90 Mio. Dosen für die Impfung der Bevölkerung notwendig gewesen.
- Michael Kaufmann fragte anschließend, was die Bundesregierung bzgl. Einbeziehung der Impfstoffhersteller in die Schadensregulierung der Impfnebenwirkungen unternimmt. Die Antwort war sinngemäß: Gar nichts, denn derartige Opfer werden gem. Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes von den Bundesländern entschädigt.
- Aus ihren weiteren Ausführungen ging schließlich auf Nachhaken von Stephan Brandner hervor, dass ein Haftungsausschluss für die Hersteller nicht mehr wirksam ist, wenn es sich um grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz handelt, also um die Missachtung der "guten Herstellerpraxis". – Da sind wir aber gespannt auf die absehbaren Schadensersatzklagen!

Aktuelle Stunde auf Antrag der Koa, Thema: "Ein Jahr nach Bucha"

- Nach der russischen Besetzung von Bucha wurden gem. Angaben mehr als 400 getötete und z. Teil gefolterte Zivilisten gefunden. Die Koalitionspartner rechtfertigten aufgrund des russischen Angriffskrieges und der Morde die erfolgten und weiteren Waffenlieferungen.
- Die AfD dagegen forderte die Ausweitung der Sanktionen auch auf den Islamischen Staat, der Russland mit Drohnen beliefert.

Namentliche Abstimmung: Verlängerung von deutschen Militäreinsätzen von NATO-geführten maritimen Sicherheitsoperationen.

- Der gesamte Bundestag stimmte dafür, incl. der ehemaligen grünen Pazifisten, nur die AfD und die Linken wollten ein Ende.
- Jan Nolte in seiner Rede: Die Schiffe des Sea Guardian Einsatzes wären auch ohne diesen Auftrag im Mittelmeer unterwegs. Es würde sich nichts ändern, wenn man das Projekt beende.

Antrag 20/6184 der AfD "Die Zeitenwende in der Migrationspolitik mit einer Rückführungsoffensive 2023 einleiten"

- Der Antrag ähnelte in einigen Passagen dem CDU/CSU-Antrag 20/6173 "Abschiebehürden beseitigen, Ausreisepflichten konsequent durchsetzen"
- Er wurde in den Ausschuss überwiesen.

Aus dem Europaausschuss von Christian Wirth, AfD kam der Antrag Nr. 20/6172

- Dieser Antrag fordert die Bundesregierung auf, im wahrsten Sinne des Wortes die Souveränität Deutschlands als Staat zu gewährleisten und einer rechtswidrigen Umwandlung der EU in einen europäischen Bundesstatt entgegenzuwirken.
- Es erfolgte Überweisung in den Ausschuss.

Donnerstag

Zunächst: Sportbericht der Bundesregierung. In Folge: Antrag 20/6174 der CDU

- In diesem Antrag forderte die CDU Vereinfachungsfristen für den Wohnungsbau und den schnellen kurzfristigen Ausbau der sozialen Infrastruktur. Mit andern Worten: Die Flüchtlinge sind gekommen, um zu bleiben und ein Ende ist nicht in Sicht.
- Der Antrag wurde in den Bau-Ausschuss überwiesen.

Genau 12:00 Uhr folgte das Highlight der Woche:

König Charles III und seine Königin-Gemahlin Camilla gaben dem Deutschen Bundestag ihre Ehre.

- In seiner halbstündigen Rede teilweise in Deutsch, teilweise in englischer Sprache, betonte er zunächst sehr staatsmännisch und unpolitisch alle deutsch-englischen Gemeinsamkeiten aus Tradition und Herkunft. Denn schließlich hatte sein Vater Prinz Philip deutsche Wurzeln. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg hatte dieser den deutschen Namen "Battenberg" in Mountbatten ändern lassen.
- Schließlich wurde er aber doch noch politisch. "Deutschland und England haben eine Führungsrolle im Ukraine-Krieg übernommen, und die große militärische Unterstützung Deutschlands sei überaus mutig und wichtig", sagte er.
- Innovationen wie Offshore-Windanlagen seien unverzichtbare Innovationen gegen die Erderwärmung.



- König Charles, in der Vergangenheit in der Öffentlichkeit als starker Befürworter von Ökologischem Landbau bekannt geworden, hat erst am 23. März in Großbritannien den "Genetic Technology Predision Breeding Act 2023" abgesegnet. Das ist eine biotechnologische Innovation, die es Unternehmen erlaubt, das Genom von Pflanzen und Tieren zu verändern, und damit gentechnisch veränderte "Lebensmittel" zu schaffen.
- Das klappt in GB wunderbar vorbei an der GVO der EU seit der BREXIT den Weg hierfür frei gemacht hat.
- Da kommt einem unweigerlich der CDU-Antrag Nr. 20/2342 in den Sinn, der diese Möglichkeiten auch für deutsche Bauern schaffen soll, allerdings vorbeigemogelt an der Gentechnik-VO der EU.

Namentliche Abstimmung zum Thema Verlängerung eines Bundeswehreinsatzes

- In diesem Fall ging es um den Einsatz im Südsudan.
- Bei der Abstimmung war sich die AfD dieses Mal nicht einig.
- Die Blockparteien stimmten dafür, die Linken dagegen.

Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU, Thema; "Handlungsfähigkeit und Lösungsfähigkeit der Bundesregierung"

- Die CDU meinte, nach dem fast 30stündigen Sitzungsmarathon des Koalitionsausschusses sei die On-Off-Beziehung der Koa nicht weitergekommen und kritisierte eher polemisch, und dem Zeitgeist entsprechend die fehlende Generationengerechtigkeit beim Klimawandel oder der Kindergrundsicherung.
- Tino Chrupalla allerdings brachte es auf den Punkt: Kein einziger Minister wieder mal da, da könnte man das Thema gleich beenden. Skandalös ist die Außenpolitik unter Annalena Baerbock. In der Visa-Vergabe wird betrogen. Bei der Ausstellung an einen Afghanen heißt es vom Ministerium in einer Email vom 9. Dez. 2022: man wolle an der Ausstellung trotz des falschen Passes festhalten, obwohl man die Fälschung hätte erkennen müssen... Es werden also auf Weisung des AA möglicherweise Terroristen in unser Land auf kriminelle Weise eingeschleust. Unter der aktuellen Bundesregierung ist es außerdem erstmalig möglich, dass Terroranschläge, die auf unsere kritische Infrastruktur verübt werden, seit Monaten ungeahndet bleiben. Und zum Thema Asylflut sagte er: Was wirklich gekommen ist, sind gut ausgebildete Ganoven und Kriminelle; das ist es, was hauptsächlich in Deutschland einmarschiert.
- So geht Abrechnung mit dieser Regierung.

Antrag der CDU Nr. 20/6176 "Sonnenpaket für Deutschland"

- Mit diesem Antrag will die CDU mehr Industrie und schnelleren Ausbau der Solarenergie durch bessere KfW-Förderung, vereinfachtere Anmeldeformalitäten und Förderung von sog. Bürgerenergie-Gesellschaften.
- In der Rede von Marc Bernhard, AfD wurde erneut deutlich: Die fleißigen Schreiber von der CDU haben überhaupt keine Ahnung, wovon sie reden. Erstens: man kommt an konventionellen Kraftwerken nicht vorbei. Zweitens: Ist zuviel Strom da (z.B. Hochsommer), bricht das Stromnetz zusammen, ist zu wenig da (z.B. Winter), bricht es auch zusammen. Allein im letzten Jahr waren über 12.000 Eingriffe ins Netz erforderlich, was den Stromzahler über 3 Mrd. € gekostet hat. Und im Winter, wo weder Sonne, noch Wärmepumpen genug Strom liefern, kaufen wir den teuren Atomstrom aus Polen oder Frankreich.
- Der Antrag wird im Ausschuss Klimaschutz und Energie weiter beraten.

Stellungnahmen von CDU und AfD zu Neuerungen des EU-Wahlrechts

- Die Neuerungen des EU-Wahlrechts gem. Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die allgemeine unmittelbare Wahl der Mitglieder des Europaparlaments sowie zur Aufhebung des Ratsbeschlusses, sieht unter anderem eine bestimmte Geschlechterparität auf den Wahllisten, einen einheitlichen Wahltag sowie einen sog. "Unionsweiten Wahlkreis" vor.
- CDU und AfD haben hierzu sog. Stellungnahmen verfasst.
- Die AfD sieht das Subsidiaritätsprinzip verletzt, denn "der Verordnungsvorschlag tangiere zahlreiche wesentliche Belange der Mitgliedstaaten, die Verfahrensweise sei inakzeptabel".
- Die Bundesregierung wird also aufgefordert, diese mangelnde Mitwirkungsmöglichkeit des nationalen Staates ggü. dem Präsidium des EU-Parlaments zu thematisieren.
- Die Anträge werden im Ausschuss der EU beraten.

CDU-Antrag 20/6177, Thema: Bislang verbotene Speicherung von CO2 im Meeresgrund ermöglichen.

- Andreas Bleck in seiner Rede: Nein zu CCS, es ist ineffizient, teuer und gefährlich. Die Alternativen: resiliente Meere und Wälder, die vor allem CO2-senkend wirken.
- Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz berät.



AfD-Antrag Nr. 20/6194 "zur besseren Bekämpfung von schwerer Kinderkriminalität"

- Thomas Seitz, AfD, fordert in diesem Antrag anlässlich des schockierenden Falls der ermordeten 12jährigen Luise die Änderung des § 19 Strafgesetzbuch (StGB). Es solle auch bei unter 14 Jahre alten Kindern die Möglichkeit geschaffen werden, eine individuelle Schuldfähigkeit zu prüfen.
- Der Antrag wird beraten.

Freitag

Debatte zum Strompreisbremsegesetz und Erdgas- sowie Wärmepreisgesetz:

- Hierdurch muss eine neue Prüfinstanz geschaffen werden, die in Zukunft 20-25 Mio. € kosten wird. Die Bundesregierung ist der Brandstifter und geriert sich als Feuerwehrmann in der Krise, die sie selbst geschaffen hat.
- Der Gesetzesentwurf Dr.Nr. 20/5994 wurde gegen die Stimmen der AfD vom Bundestag angenommen.
- Ein Änderungsantrag und ein Entschließungsantrag der CDU wurden in namentlicher Abstimmung abgelehnt.
- Steffen Kotré entlarvte die CDU: Sie müssen in Ihrem Antrag den Weiterbetrieb der AKWs verstecken, dabei sind Sie die Atomausstiegspartei!

AfD- Entwurf 20/6189: Gegen den Atomausstieg

• Erneut machte die AfD einen Vorstoß in Richtung Änderung des Atomgesetzes: Der Entwurf wendet sich gegen den Atomausstieg. Darüber hinaus soll der bis 15. April befristete Weiterbetrieb der aktiven Meiler Isar2, Emsland und Neckarwestheim2 unbefristet verlängert werden.

AfD-Antrag 2023/2024: Sicherstellung des Betriebs im kommenden Winter

- Der Antrag fordert die rechtzeitige Beschaffung von Brennstäben, Sicherung von Personal und Technik für diese verbleibenden AKW.
- Bezeichnend waren die Aussagen von Dr. Klaus Wiener, CDU: Wir lehnen diesen Antrag ab, weil wir nur für eine befristete
 Verlängerung der AKW sind.
- Wie schreibt die Junge Union in einem aktuellen Rundbrief an die Menschen im Land: "Mit dem rein ideologisch begründeten Ende der Kernkraft verabschieden wir uns von einer klimaneutralen und grundlastfähigen Stromversorgung. Sie war ein entscheidender Erfolgsfaktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland und einen schnellen Weg zur Klimaneutralität."
- Das ganze ist an **Heuchelei** nicht zu überbieten:





Debatte auf Antrag der Linken: Maßnahmen gegen die anhaltend hohen Lebensmittelpreise.

- Wie leider zu erwarten, war es eine Beileidsbekundung ohne Sinn und ohne Konsequenzen. Denn die AfD hatte schon länger zuvor gefordert: Aussetzung der MWSt. auf Grundnahrungsmittel, Abschaffung der EEG-Umlage, der CO2-Abgabe, Mehrwertsteuer auf Treibstoffe usw.
- Bernd Schattner erklärte: Die Probleme sind hausgemacht. Die Bundesregierung tut ihr Übriges, um die Inflation anzuheizen: Mauterhöhung oder der Verzicht auf russisches Gas verschlimmern die Situation zusätzlich.



Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 12/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR ZU POLITIK UND TAGESGESCHEHEN



25. März 23

Schützt endlich unsere Grenzen!

Wenn es um die illegale Einreise von Migranten geht, kämpft die Polizei weiter gegen Windmühlen. Schleuserbanden würden mittlerweile hochprofessionell agieren und ihren "Passagieren" sogar Erfolgsgarantien geben. Über 200 Migranten kommen täglich zu Fuß, auf Lkw-Ladeflächen, in Transportern oder Autos nach Deutschland – und mit den wärmeren Temperaturen in den nächsten Monaten würde die Zahl der Grenzübertritte weiter steigen. Das prognostiziert die Gewerkschaft der Polizei. Und während vor allem die Bundespolizei gern eine bessere Ausrüstung für den Grenzschutz hätte – Drohnen, Kameras, moderne Einsatzfahrzeuge – kommen von der Ampelkoalition weiterhin die immergleichen Phrasen von "Solidarität", "unterhaken" und "zusammenrücken".

Längst ächzen die Kommunen unter dem Migrationsdruck. Längst werden deutsche Mieter aus ihren Wohnungen geworfen, um Platz für die "Neubürger" zu schaffen. Längst sind die Schulen völlig überfordert, werden Menschen Op-

fer von Messerangriffen, bluten auch unsere Sozialkassen aus. Und trotzdem ist nicht einmal ansatzweise eine Absicht bei der Ampelregierung erkennbar, etwas daran zu ändern. Im Gegenteil. Selbst wenn illegale Migranten von der Polizei aufgegriffen werden, haben sie ihr Ziel trotzdem erreicht: Sie landen in den Erstaufnahmestellen und können dort bequem ihre Anträge stellen. Und die Schleuser? Werden zurück über die Grenze geschickt – wo sie dann Nachschub holen können.

Niemand scheint dem selbstzerstörerischen Treiben Einhalt gebieten zu wollen. Nur wir von der AfD fordern, dass die Grenzen endlich für illegale Migranten geschlossen werden! Wir fordern, dass die gut 300.000 Ausreisepflichtigen endlich abgeschoben werden! Wir fordern Solidarität endlich mit unseren Bürgern, die nicht mehr länger für Wirtschaftsflüchtlinge arbeiten wollen, um dann abends auf dem Heimweg auch noch überfallen zu werden.

https://afdkompakt.de/2023/03/20/jeden-tag-ueber-200-illegale-einwanderer-grenzen-endlich-schuetzen/







Vereine wie das Schalmeienorchester Lindau/Rudelsdorf 1970 e.V. sorgen für den Zusammenhalt in kleinen wie großen Gemeinden. Deshalb unterstütze ich den Verein im Saale-Holzland-Kreis gern mit einer Spende.

Besonders schön finde ich, dass das Schalmeienorchester viele Kinder und Jugendliche als Mitglieder hat.

Wenn die Musiker ihre antreibenden Rhythmen spielen, ziehen sie alle in ihren Bann.

Ich spende die Diätenerhöhung für Bundestagsabgeordnete für gute Zwecke in meinem Wahlkreis.

Vorschläge bitte an michael.kaufmann.wk@bundestag.de richten.





WAHLKREIS: SCHLAGZEILEN DER WOCHE

- Um den Ausbau von Windkraft zu beschleunigen, sollen jetzt Kommunen am Gewinn beteiligt werden. Im Gespräch sei etwa Geld für die Infrastruktur, um mehr Flächen von den Kommunen zur Bereitstellung von Windrädern zu bekommen.
- Laut Medien wird es in Thüringen immer heißer, die 1,5 Grad Marke des Pariser Klimaabkommens sei bereits innerhalb der letzten 140 Jahre überschritten worden (Hält sich das Wetter auch an Landesgrenzen?)
- Bis zu 2500 Wohnungen sollen für Flüchtlinge v.a. im ländlichen Raum in Thüringen bereitgestellt werden. Zur Herrichtung sind 5000 € pro Wohnung vorgesehen.
- In Saalfeld-Rudolstadt nehmen Diebstähle in Supermärkten stetig zu
- Dorfläden werden vielerorts gebraucht, aber die ersten mussten schon wieder Insolvenz anmelden. Es ist Sache der Kommunen, Haushaltsmittel einzusetzen. Die Nachfrage ist in jedem Dorf unterschiedlich hoch. Sollten die Dorfbewohner jeweils selbst entscheiden, ob dieser gebraucht wird und eine Zukunft hat oder nicht?
- Der deutsche Wald stirbt, die Forstwirtschaft muss handeln und umdenken: Jeder 3. Baum ist krank. Für die Förderung von Mischwäldern werden 900 Millionen bereitgestellt.
- RRG will Förderschulen abschaffen, weil keiner mehr den Abschluss schafft. Anstatt abzuschaffen, sollte man den Lehrermangel beseitigen und das derzeitige Bildungssystem ändern!





22. März 23

Fünf für Thüringen im Bundestag.

Fünf für Thüringen im Bundestag. https://www.facebook.com/AfD.LG.Thueringen/



22. März 23

200. Spaziergang in Schleiz

In Schleiz fand der 200. Spaziergang mit ca. 300 Beteiligten statt.





25. März 23

Heineparklauf in Rudolstadt

Heute am Start beim Heineparklauf in Rudolstadt. Sport frei!





25. März 23

Thüringer AfD-Landtags- und Bundestagsabgeordnete zu Besuch auf der Messe Reiten-Jagen-Fischen in Erfurt.

Die Themen der Messe finden im ländlichen, waldreichen Thüringen viele Interessenten; das merkt man schon beim Andrang am Einlass (man sollte Tickets vorbuchen und ausdrucken)

Aus zahlreichen Gesprächen mit Jägern, Anglern, Pferdehaltern und Waldbesitzern nehmen wir Anregungen und Wünsche an die Politik mit. Gleichzeitig erfahren wir - wenig überraschend - viel Kopfschütteln über Maßnahmen der Landes- und Bundespolitik.

Die Messe ist noch bis Sonntag (26.3.) geöffnet.

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 11/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Ihr Michael Kaufmann

PRESSEMITTEILUNGEN



15. März 23

Impfnebenwirkungen müssen dringend erforscht werden.

Im Deutschen Bundestag wurde heute der Antrag der CDU/CSU "Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom in Deutschland stärken" (Drs 20/5983) beraten.

Hierzu äußert sich der forschungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Michael Kaufmann, wie folgt:

"Anders als es der Titel dieses Antrags vermuten ließ, geht es der Union in ihrem Antrag nur am Rande um die Erforschung des so genannten Post-Vac-Syndroms, das heißt der Nebenwirkungen der Covid-Imp-

fungen, sondern in erster Linie um die Erforschung von Long Covid. Damit werden Dringlichkeit und Prioritäten auf den Kopf gestellt. Denn die Erforschung von Long-Covid fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung bereits jetzt über nicht weniger als zehn Forschungsverbünde und zusätzlich mit einer Nationalen Klinischen Studiengruppe und dem Verbundvorhaben IMMME. Gleichzeitig werden viele Tausend Menschen, die infolge der Covid-Impfungen massive und oft dauerhafte gesundheitliche Schäden erlitten haben, nach wie vor allein gelassen. Es ist schlimm genug, dass die Bundesregierung dieses Thema immer noch ignoriert. Erschütternd ist aber, dass sogar die größte Oppositionspartei dem Leiden dieser Menschen nicht den gebührenden Stellenwert einräumt. Man kann einen Zusammenhang damit vermuten, dass auch die Union eine große Verantwortung dafür trägt, dass diese Impfungen wahrheitswidrig als hochwirksam und nebenwirkungsfrei angepriesen wurden.

Es braucht dringend eine entschlossene und umfassende Initiative der Bundesregierung, um die Ursachen und Behandlungsmöglichkeiten von Nebenwirkungen der Covid-Impfungen zu erforschen. Die Menschen, die sich im Vertrauen auf die Versprechungen der Bundesregierung haben impfen lassen und nun unter den Folgen leiden, verdienen jede erdenkliche Unterstützung. Dafür wird sich die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag mit Nachdruck einsetzen."



13. März 23

Bildungspolitische Sprecher der AfD-Fraktionen verabschieden Resolution!

Digitalität im Bildungssystem – nicht zum Schaden der Schüler

Die Bildungspolitiker der AfD in Bund und Ländern kritisieren auf ihrem 13. interfraktionellen Treffen die chaotische und oft undurchdachte Digitalisierung an Schulen. Die unkontrollierte Verbreitung online-basierten Unterrichts gefährdet die Bildungschancen vieler Schüler.

Für die AfD-Parlamentarier zeichnet sich guter Unterricht durch den direkten Kontakt zu kompetenten Lehrern, die ausrei-

chend Zeit für ihre Schüler haben, und gute Unterrichtsvorbereitung aus. Das Online-Lernen bietet hierzu lediglich Ergänzungen und kann die analogen Grundlagen nicht ersetzen. Im zukünftigen Einsatz von Künstlicher Intelligenz, z.B. von Sprachmodellen wie "ChatGPT", sehen wir Chancen und Grenzen. In jedem Fall müssen die Schüler befähigt werden, dieses Medium kritisch und kompetent zu nutzen. Drängender denn je ist vor diesem Hintergrund die Vermittlung und Festigung guter Allgemeinbildung und der Fähigkeit zu analytischem Denken, die dies ermöglicht.

Der gemeinsame Unterricht im Klassenraum stellt die für die Lernmotivation wichtige soziale Komponente dar. Wenn diese durch eine vollständige Umstellung auf den Distanzunterricht dauerhaft gestört wird, drohen im schlimmsten Fall verheerende Auswirkungen auf die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft durch beziehungsuntaugliche Schüler und "digitale Demenz". Damit wären die Schüler die Verlierer des aktuellen Trends zu noch mehr aktionistischer Digitalisierung im Unterricht. Unser Ziel ist eine schrittweise, punktuelle und gezielte Digitalisierung an Schulen, die finanzierbar und umsetzbar bleibt. Die derzeitige kopflose Digitalisierung schadet den Schülern und führt nur zu milliardenschwerer Steuerverschwendung.

(...) Unsere Vorschläge finden sich hier: -> Resolution

BUNDESTAG



15. März 23

Heute im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung: Soziale Innovationen.

Zitat meiner Kollegin Nicole Höchst: "Bei der Anhörung kam heraus: Alle anderen Parteien haben den Bürger, den ursprünglichen Souverän einer Demokratie, gedanklich längst der "großen Transformation" untergeordnet. Kennt Ihr den Text des Liedes Sounds of Silence? Ruhig mal lesen/hören. Nach geradezu visionär…"



15. März 23

Meine Rede zum Thema "Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom":

Im Deutschen Bundestag wurde heute der Antrag der CDU/CSU "Forschung zu Long CO-VID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom in Deutschland stärken" (Drs 20/5983) beraten. Meine Rede finden Sie hier: https://www.facebook.com/watch/?v=1215341372674904



PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

Befragung der Bundesregierung mit Innenministerin Nancy Faeser und Svenja Schulze, Ministerin für wirtschaftl. Zusammenarbeit

- In ihrer Einleitung bemerkte Frau Faeser, dass der Krieg in der Ukraine massive Auswirkungen auf die innere Sicherheit Deutschlands habe. Damit wollte sie aber nicht auf die Bedrohung durch die Überflutung der Kommunen mit Menschenmassen hinaus, ihr Ministerium nutzte diese Gelegenheit dazu, weitere Überwachung zu legitimieren.
- Stephan Brandner, AfD, ging einstweilen auf die undurchsichtige Übertragung ihres privaten Twitteraccounts auf das Ministerium und dann mit ca. 10fach höherer Gefolgschaft wieder auf Privat ein, wozu sie sich allerdings nicht äußern wollte.
- Frau Schulze wurde von Gerrit Huy, AfD befragt, warum man in Ghana die Einrichtung des EU-Migrationszentrums forciere, wo dann im Gegensatz zur Doktrin der feministischen Außenpolitik vornehmlich Männer zu uns kämen. Frau Schulze konnte nicht klar antworten sondern nur umschreiben, dass wir dringend Zuwanderung benötigen würden. Man fragt sich, was Ghana dann selbst irgendwann ohne Fachkräfte machen soll. Frau Schulze erklärte auch, dass sie zusammen mit der amerikanischen "Genossin" Yelen die Weltbank reformieren wolle, um einen sozial gerechtfertigten Umbau hin zu Klimaneutralität und Pandemievorsorge zu erzielen. Derlei Investment aus deutschen Steuergeldern bezifferte sie leider nicht.

In der Fragestunde wurde der parlamentarische Staatssekretär für Gesundheit, Dr. Edgar Franke befragt.

- Interessant war der Themenkomplex NIPT, also der Bluttest zur Feststellung von Trisomie 21, den es nun als Krankenkassenleistung gibt. Im Gegensatz hierzu steht nämlich der §15 des Gendiagnostikgesetzes, der es Ärzten verbietet, vor der 12. Schwangerschaftswoche das Geschlecht mitzuteilen, um eine Abtreibung aufgrund des Geschlechtes des Fötus zu verhindern. Ausgerechnet Corinna Rüffer von den Grünen erklärte, welche enormen ethischen Konsequenzen ein solcher Schritt bedeute, und warum nicht eine viel notwendigere Unterstützung für Brillen oder Zahnersatz beschlossen wurde.
- Zwei Fragen des Abg. Prof. Kaufmann wurden nur schriftlich beantwortet. Die Antwort auf die Frage, warum die BuReg das Covid-Medikament Molnupiravir in großen Einheiten bestellt hatte, obwohl die EMA letztendlich die Zulassung verweigert hatte lautete: Man kaufte aufgrund der Bedarfs-Versorgungssicherstellungsverordnung im Dez. 21, aber leider kam die EMA im März 23 zu der Entscheidung, keine Zulassung zu erteilen.
- Am Mittwoch wurde in erster Lesung der CDU-Antrag Dr. Nr. 20/5983 behandelt
- Die CDU fordert in langatmigen Ausführungen die Bereitstellung von Fördermitteln zur Erforschung des Long-Covid-Syndroms, von ME/CFS und am Rande auch von PostVac.
- Michael Kaufmann, AfD in seiner Rede: Impfnebenwirkungen sind kein Randphänomen. Stand 18. Februar listete die Datenbank der EMA europaweit fast 2,2 Millionen Fälle von Nebenwirkungen der Covid-Spritze, rund 630 000 davon schwer. Hinzu kommen 27 669 Todesfälle. Und das sind nur die gemeldeten Fälle. Er sprach die "Fallrückzieher" von Karl Lauterbach an, der zu Anfang tönte, wie harmlos, sicher und wirksam die Genspritzen seien, und nun im ZDF zugeben musste, welche katastrophalen Beschädigungen die Menschen erleiden müssen. Für die Long-Covid Erforschung gibt es allein heute schon zehn Forschungsverbünde, die Prioritäten müssen endlich richtig gesetzt werden.
- Es folgte Überweisung an den Ausschuss Bildung und Forschung.

Die AfD forderte mit Dr.-Nr. 20/5989 endlich ein Ende der Geheimniskrämerei der Bundesregierung und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Terrorakt gegen Nordstream2

- Prof. Harald Weyel, AfD in seiner Rede: Schon unter Trump wurden Firmen von der US-Regierung sanktioniert, die sich am Bau der Pipelines beteiligten und sogar der Sicherheitsrat der UN hat sich im Frühjahr mit der Causa befasst, nur Deutschland verharrt in einer Art Duldungsstarre und die Vermutung einer Art Komplizenschaft dieser Bundesregierung ließe sich nur durch die lückenlose Aufklärung des Terroraktes beseitigen.
- Die Vorlage wurde an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung überwiesen.

Donnerstag

Der Donnerstag begann erneut mit einer Regierungserklärung zum EU-Gipfel am 23. Und 24. März.

• Dessen Inhalt war wie ein Déjà-vu: Man wolle die Ukraine weiterhin militärisch unterstützen, Sanktionen gegen Russland verschärfen und in der EU Klima-Investitionen vorantreiben.



• Tino Chrupalla, AfD: Wieder liefert er keine Erklärungen zu NS2, keine Aussagen, wie der Schutz der kritischen Infrastruktur in Deutschland zukünftig gesichert wird, er lässt keine interessengeleitete deutsche Politik erkennen, weiterhin wörtlich: "der ÖR Rundfunk präsentierte uns dann letzte Woche noch die Geschichte von einem Segelboot mit Oleg und Boleg, die in die Ostsee aufgebrochen waren, um die Pipeline zu sprengen." Kanzler Scholz verweigert sich der Realität, stattdessen wird dreckiges und überteuertes Frackinggas aus Amerika importiert und Hausbesitzer sollen zur Sanierung ihrer Häuser gezwungen werden. Rund 80% aller deutschen Häuser sind Altbauten! Das alles hat mit gesundem Menschenverstand jedenfalls nichts zu tun. "Richten Sie Ihre Arbeit endlich auf unser Land, auf Deutschland aus!"

Gesetzesvorlage 20/5548: Das 49-Euro-Ticket – auch Deutschlandticket genannt

- Ab 1.Mai gibt es das 49-Euro-Deutschland-Ticket. Gegen die Stimmen der AfD beschloss der Bundestag die Gesetzesvorlage.
- Wolfgang Wiehle, AfD: die Bahn ist ein Sanierungsfall, die Einführung erfolgt zu früh.

Danach nochmals Déjà-vu beim erneuten Anlauf der AfD, einen Vertreter des Bundestagspräsidenten zu stellen, sowie einen Sitz im wichtigen Parlamentarischen Kontrollgremium zu erhalten

Der Bundestag verweigerte erneut die demokratische Teilhabe der AfD

Aktuelle Stunde auf Antrag der AfD zum Thema: Gekaufte Journalisten

- Der offizielle Titel des Antrags lautete: Geschäftsbeziehungen zwischen Bundesregierung und Journalisten.
- Eine Anfrage des Abg. Martin Renner hatte zutage befördert, dass Journalisten der ÖR von der Bundesregierung für hohe Gagen für verschiedene PR-Aufträge oder Moderationen angeheuert wurden. Der "Pleiteticker" nannte Namen wie Linda Zervakis oder Judith Rakers, nur um die prominentesten zu nennen. Insgesamt handelt es sich um 200 Journalisten, mehr als die Hälfte davon Mitarbeiter der ÖR Rundfunkanstalten über einen Zeitraum von 5 Jahren über insges. 1,4 Mio. €.
- Der Block der Noch-Regierenden, oder Zuvor-Regierenden erhob sich in der Diskussion zu neuen Höhen der Diffamierung der AfD. Man könnte sagen: Die getroffenen "Hunde" bellen nicht nur, sondern beißen auch noch.

CDU-Antrag 20/5985 "Startchancenprogramm in 2023 starten"

- Mit diesem Antrag beabsichtigte die CDU, mehr als 4.000 allgemein- und berufsbildende Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler besonders zu stärken.
- Aber nicht die Bildungspolitik ist schuld am fatalen Zustand des Bildungsniveaus in Deutschland, sondern die Einwanderungspolitik, so Dr. Götz Frömming in seiner Rede.
- Der Antrag hatte keine "Startchance", er wurde abgelehnt, nur die LINKE fand ihn gut.

Gesetzesantrag Dr.-Nr. 20/5823 der Ampel "Demokratiefördergesetz":

- Die Bundesregierung sieht unsere Demokratie unter anderem durch: Rassismus, Antisemitsimus, Antiziganismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit, Extremismus von Rechts, von Links, von Islam, durch Hass im Netz, Fake News, Desinformation, Wissenschaftsleugnung, Delegitimierung des Staates und durch eine Vielzahl demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene bedroht.
- "Die links-grünen Deutschlandzerstörer zeigen einmal mehr ihr totalitäres Gesicht", so Martin Reichardt in seiner Rede. Der Staat fördert bereits jetzt Denunziantentum in vielerlei Hinsicht. Abweichende Meinungen sollen verboten werden. Staatliche Lügenverbreitung, wie zu Zeiten der Corona-Pandemie soll freie Bahn haben.
- Der Antrag wurde an den Ausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

CDU-Antrag Nr. 20/2342 "Innovationsrahmen für neue genomische Techniken in der Landwirtschaft schaffen"

- Der Antrag vertritt den Ansatz, dass es angesichts drohender Nahrungsmittelknappheit ratsam wäre, genomische Techniken in der Landwirtschaft vorbei an der GVO der EU zu fördern.
- Frank Rinck, AfD in seiner Rede: Die Langzeitfolgen solcher Eingriffe sind noch gar nicht erforscht, gentechnische Patentanmeldungen auf landwirtschaftliche Kulturpflanzen weisen wir als AfD ausdrücklich zurück.
- Der Ausschuss hatte die Ablehnung empfohlen, womit das Thema erledigt war.

Zwei Anträge der AfD: "Verbraucherfreundliche und transparente Kennzeichnung von Insekten in Lebensmitteln" (20/5997) und "Sofortige Aufklärung der Bevölkerungen über Gesundheitsrisiken beim Verzehr von Insekten" (20/5998)

• Forderungen: Ein "Front of Pack-Labeling", sowie die Aufklärung der Bevölkerung über mögliche Risiken, Kennzeichnung von Allergenen, und die mögliche Behandlung der Insekten mit Antibiotika gegen Viren, Bakterien, Pilze oder Parasiten im Zuge der Massentierhaltung. Sie wurden nach der Debatte an den Ausschuss Ernährung und Landwirtschaft überwiesen.



Freitag

Der Freitag wurde mit dem umstrittensten Punkt der Woche eröffnet: Änderung des Bundeswahlgesetzes (Dr.-Nr. 20/6015).

- Die Reform der Ampel wurde schließlich in namentlicher Abstimmung mit 399 ja gegen 261 Nein-Stimmen und 23 Enthaltungen durchgebracht.
- Während die Ampel einstimmig dafür, und Union, sowie Linke und die AfD fast einstimmig dagegen votiert hatten.
- Nun werden also die künftigen Parlamentssitze auf 630 beschränkt. Der Gesetzesantrag wurde fast vollständig vom AfD-Antrag
 aus dem Jahr 2021 abgekupfert, so Albrecht Glaser, AfD. Die Ampel hatte allerdings in letzter Sekunde den Antrag geändert und
 die zulässige Sitzanzahl auf 630 erhöht, anstatt der angedachten 598. Gem. Albrecht Glaser, dem Wahlrechtsexperten der AfD,
 hatte die SPD wohl kurz vor Torschluss erkannt, dass sie damit den Verlust ihrer künftigen Direktmandate halbieren könnte.
- Die Linke strebt nun eine Verfassungsklage an, da auch die Grundmandatsklausel gestrichen wurde, was ihr den Einzug ins Parlament bei einem Ergebnis unter 5% verwehren wird.

CDU-Antrag 20/3687 : Anlasslose Speicherung von IP-Adressen aller Internet-Nutzerfür 6 Monate zum Zwecke des Schutzes von Kindern vor sexuellem Missbrauch

- Der Antrag stieß allgemein auf Ablehnung, so auch bei der AfD.
- Grund der Debatte war jedoch die Monierung von der CDU, dass die Terminierung einer bereits beschlossenen Anhörung im Ausschuss immer wieder von der TO genommen wurde, und damit eigentlich das Minderheitenrecht ad absurdum geführt wird.
- Anscheinend hat die Ampel selbst einen Antrag in der Vorbereitung und hält daher entgegen parlamentarischer Gepflogenheiten den Gang der CDU-Initiative auf.

Nächster TOP der Woche: Vereinbarte Debatte zum Internationalen Frauentag

- Richtig erkannte Familienministerin Lisa Paus, dass die Digitalisierung den Frauen eher mehr Ungleichheit gebracht habe, doch
 dann kam sie auf den Punkt: Ende des Monats solle eine Sachverständigenkommission eingesetzt werden, die unabhängig prüfen werde, ob der Schwangerschaftsabbruch in Deutschland auch außerhalb des Strafrechts geregelt werden kann. Mit anderen
 Worten: Die sog. Gleichberechtigung der Frau soll dem Staat den aktiven Steuerzahler erhalten und dem hat sich ungeborenes
 Leben unterzuordnen.
- Mariana Harder-Kühnel, AfD meinte: Anstatt sich auf feministische Außenpolitik zu konzentrieren, solle der Staat den Fokus auf das legen, was Frauen wirklich bedroht: Massenmigration stoppen durch Abschieben, Grenzen sichern, Vergewaltiger mit der vollen Härte des Gesetzes bestrafen.

Die Linke: Antrag Nr. 20/5876: Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse überführen

- Ziel sei, die ökonomische und gesellschaftliche Selbstständigkeit von Frauen zu sichern.
- Gerit Huy, AfD sagte in ihrer Rede: die Abschaffung von Minijobs ist nicht die Lösung. Viele der Minijobber sind Mütter von Schulpflichtigen Kindern oder Angehörige von Pflegebedürftigen. Daher müsste in diesen Berufen der Staat nachbessern und die Arbeitsbedingungen und Vergütungen attraktiver gestalten.



18. März 23

Mein Wochenrückblick aus dem Bundestag

Bericht aus Berlin:

In jeder Woche im Bundestag gibt es Themen, über die man staunen kann, die einen fassungslos machen oder über die man einfach nur den Kopf schütteln kann.

Hier ist meine Auswahl der Woche vom 13.-17. März 2023

Das Video können Sie sich in voller Länge unter folgendem Link ansehen:

https://www.youtube.com/watch?v=4LSTiOel1Fk

WELTFRAUENTAG



08. März 23

Bei uns ist jeden Tag Frauentag!

Heute ist Weltfrauentag. Während sich Unternehmen und Medien darin überschlagen, diesen möglichst gut auszuschlachten - sei es durch Rabattaktionen oder der Wiederholung altbekannter Parolen, die uns erklären, wie ungleich Frauen noch immer behandelt werden, wird kaum thematisiert, worüber heute wirklich dringend gesprochen werden sollte:

Wir leben in einem Land, in dem sich Frauen in vielen Gegenden mittlerweile nachts nicht mehr alleine auf die Straße trauen.

Wir haben dank Frauenquote eine unfähige, ja gefährlich agierende Außenministerin, die sich "feministische Außenpolitik" auf die Fahne geschrieben hat, und sich

dabei regelmäßig um Kopf und Kragen redet.

Mütter, Töchter und Großmütter werden in skandalösen Aktionen zugunsten von Flüchtlingen aus ihren Wohnungen oder Wohnstiften geworfen.

Die Liste lässt sich weit fortführen.

Lassen Sie uns daher an diesem Tag für eine Politik einstehen, die sich wirklich für die Rechte und die Sicherheit unserer Frauen stark macht! Sie sind herzlich eingeladen, an unseren heutigen Infoständen mit uns darüber zu diskutieren und sich darüber zu informieren, wie sich die AfD oben genannter Missstände annimmt.

Wir sind heute für Sie da: In Saalfeld, Thalia, von 12-15 Uhr, sowie in Rudolstadt, Markt, von 16 - 18 Uhr.



10. März 23

Rückgang der Patentanmeldungen ist eine Gefahr für Deutschlands Wohlstand

Das Deutsche Patent- und Markenamt (DPMA) in München meldete für das vergangene Jahr einen Rückgang der einheimischen Patentanmeldungen um 6,6 Prozent, während die ausländischen Patentanmeldungen um 6,8 Prozent gestiegen sind. Dazu erklärt der forschungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Michael Kaufmann: "Die nackten Zahlen des Patentamtes bestätigen, wovor wir als AfD-Fraktion seit langem gewarnt haben. Deutschland fällt

bei Innovation und Spitzentechnologie immer weiter zurück. Dies bedeutet nicht nur eine ernstzunehmende Gefahr für den Forschungs- und Industriestandort Deutschland, sondern auch für unser aller Wohlstand. Als rohstoffarmes Land sind wir für unsere Zukunftsfähigkeit auf die Leistungen unserer Wissenschaftler, Ingenieure und Erfinder angewiesen. Die aber suchen, angesichts der sich stetig verschlechternden Rahmenbedingungen in Deutschland, zunehmend ihre Zukunft im Ausland.

Um diesen besorgniserregenden Trend umzukehren, brauchen wir ein ganzes Bündel an Maßnahmen. Das fängt bei der Schulbildung mit einer verstärkten Förderung der MINT-Fächer an, geht über die Wiederherstellung angemessener Leistungsstandards an den Hochschulen und endet bei der Gestaltung einer ideologiefreien und technologieoffenen Forschungs- und Wirtschaftspolitik. Vor allem aber muss die Regierung endlich etwas tun, um der zunehmenden Mutlosigkeit und Resignation in unserem Land zu begegnen. Sonst werden immer mehr Leistungsträger und Innovatoren aus Deutschland abwandern. Die AfD-Fraktion wird sich weiter dafür einsetzen, dass Forschung und Innovation in Deutschland wieder den Stellenwert bekommen, der ihnen zusteht. Die Zukunft unseres Landes hängt davon ab, dass wir unseren Status und unseren Ruf als Land der Erfinder und Ingenieure nicht vollends verlieren."

WAHLKREIS



06. März 23

Mahnwache vor dem Porzellanwerk Eschenbach in Triptis/ Saale-Orla-Kreis

Mahnwache vor dem Porzellanwerk Eschenbach in Triptis/Saale-Orla-Kreis: Eine unübersehbare Menschenmenge demonstriert gegen die Energiepolitik der Regierung, die zu Betriebsschließungen und unbezahlbarer Energie führt.



07. März 23

Jahrsempfang der Bundeswehr in Erfurt

Jahrsempfang der Bundeswehr in Erfurt

Die Bürger, die bewaffneten Dienst für Deutschland tun, verdienen unseren Dank, unseren Respekt und unsere Unterstützung.



08. März 23 Alles Gute zum Frauentag!

An meinem Infostand gibt's heute Sekt und eine blaue Blume.



Regionale Presse übersieht Großdemo am Porzellanwerk Brof. DR. ING. MICHAEL KAUFMANN, MIB AFD.

10. März 23

Regionale Presse übersieht Großdemo am Porzellanwerk

Ein etwas anderer kurzer Bericht der Demo vom Montag in Triptis und das, was Redakteure daraus machen. Wenn über etwas berichtet wird, sollte auch das neutral passieren. Video: https://www.facebook.com/watch/?v=738612547815863



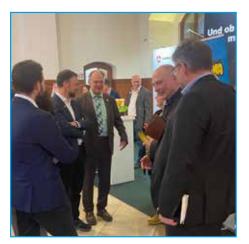


09. März 23

Bürgerdialog der AfD-Landtagsfraktion

Bürgerdialog der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag in Schalkau. Mit MdL Robert Sesselmann und Olga Petersen aus der Bürgerschaft Hamburg. Vielen Dank für die Einladung!





11. März 23

Berufs-Info-Markt im Volkshaus Jena

Für alle Ausbildungsinteressierten stellen sich Firmen und Verbände aus der Region Jena/Saale-Holzland vor. Für jeden ist etwas dabei.

Meine Gespräche zeigen, dass die Chancen für Schulabgänger derzeit sehr gut sind. Fleißige Mitarbeiter werden händeringend gesucht. Um gutes Geld zu verdienen, braucht man kein Studium.





09. März 23

Bürgermobil mit Nicole Höchst

Infostand heute mit dem Bürgermobil in Kahla und unserem Gast aus Rheinland-Pfalz: Nicole Höchst.







Kurz und knapp: Wahlkreis-Schlagzeilen

- Kemmerich (FDP) möchte wieder zur Landtagswahl antreten; auch mit den Stim-
- Thüringen bei Schwangerschaftsabbrüchen auf Platz 4; ostdeutsche Frauen beenden Schwangerschaft öfter als westdeutsche
- Elektroautos in Thüringen im Aufschwung, jedes Jahr mehr Anmeldungen
- Warnstreiks legen den Verkehr lahm, viele Schüler kommen nicht zur Schule; trotzdem gilt die Schulpflicht
- Rudolstädter Richter gegen eine Herabsetzung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre
- Erneute GEZ Erhöhung geplant
- In ganz Thüringen werden dringend Busfahrer gesucht, da sonst auch ein Ausfall von Schulbussen droht
- Neues Wolfsterritorium in Neuhaus am Rennweg im LK Sonneberg, in Thüringen sind insgesamt 5 Territorien bekannt
- Riesiger Solarpark am Luisenturm in Großkochberg geplant (Gemeinde Uhlstädt-Kirchhasel)

TERMINE:









Prof. Dr.-Ing.

Michael Kaufmann, MdB

www.**Kaufmann-Michael**.de













V.i.S.d.P: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

